

Die Gründung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie vor 110 Jahren

Uwe Dörk, Sonja Schnitzler, Alexander Wierzock¹

Als sich am 7. März 1909 Georg Simmel, Ferdinand Tönnies, Max Weber und 36 andere Personen im Berliner Grandhotel Esplanade unter den Augen einer handverlesenen wissenschaftlichen und journalistischen Öffentlichkeit zusammenfanden, um die Gründung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie auszurufen, gab es im deutschen Sprachraum weder Lehrstühle für Soziologie noch ausgebildete Soziologen, geschweige denn Soziologinnen. Die ersten Lehrstühle wurden zehn Jahre später, 1919, an den Universitäten in Frankfurt am Main (Franz Oppenheimer) und Köln (Max Scheler und Leopold von Wiese) eingerichtet. Bereits im Dezember 1908 hatte man sich auf Einladung Simmels zur Vorbesprechung getroffen (Rammstedt 2012: 835) und am 3. Januar 1909 eine Gründungsversammlung in Form einer konstituierenden Sitzung in der Berliner Spichernstraße 17 abgehalten, von wo aus Hermann Beck seinen Bibliographischen Zentral-Verlag dirigierte und nun auch als Sekretär der neuen soziologischen Gesellschaft fungierte. Am 30. Januar 1909 wurde bereits eine erste provisorische DGS-Vorstandssitzung abgehalten, an der neben Tönnies auch Heinrich Herkner und Alfred Vierkant teilnahmen. Wie die Ortswahl des exklusiven Hotel Esplanade am Potsdamer Platz signalisiert, wurde zur Versammlung im März die Gründung der DGS öffentlichkeitswirksam inszeniert, eröffnet durch Tönnies mit einer Skizze der Vereinsziele und einem anschließenden Vortrag Simmels über »Die Aufgaben der Soziologie« (Rammstedt 2013: 830, 839ff.; Lepsius 2001: 9f.;

¹ Der Beitrag entstand im weiteren Rahmen des von der DFG geförderten und von Hans-Georg Soeffner am Kulturwissenschaftlichen Institut Essen geleiteten Forschungsprojekts zur Geschichte der DGS.

Dörk 2018a: 812f.). Mehrere überregionale Zeitungen berichteten über die Neugründung und ihre wissenschaftlichen Ziele.²

Der entscheidende Gründungsimpuls geht mutmaßlich darauf zurück, dass Simmel und Rudolf Goldscheid, der 1907 bereits die Soziologische Gesellschaft in Wien errichtet hatte, deren Integration in das von René Worms geleitete Pariser Institut International de Sociologie (IIS) verhindern und gleichzeitig der Gründung einer Berliner Dependance des Institut de Sociologie Solvay zuvorzukommen wollten (Dörk 2018a: 811; Rammstedt 2012: 835).

Überschattet wurde die Gründung von der Kontroverse über Werturteilsfreiheit, die zunächst in diversen Zeitschriften und den Generalversammlungen des Vereins für Socialpolitik (VfS) geführt wurde. Involviert waren insbesondere der VfS-Vorsitzende Gustav Schmoller und sein Kontrahent Max Weber, welchem sich auch dessen Bruder Alfred, Werner Sombart und andere anschlossen. Da einige Mitglieder des VfS trotz ihrer werturteilsbejahenden Haltung der neu gegründeten Gesellschaft beitraten, etwa Goldscheid und Leopold von Wiese, wurde dieser Streit auch in die DGS importiert, zumal sich auch einige sozialpolitisch bewegte Mitglieder gewisser Werturteile nicht enthalten wollten (Albers 2010: 14ff.; Neef 2012: 102, 155f., 261ff.; Dörk 2018a: 820ff.; Lichtblau 2018: 19).

Im internationalen Vergleich erfolgte die Gründung der DGS spät. Nicht nur in Frankreich, wo schon 1872 in Paris eine »Société de sociologie« sowie 1893 das IIS gegründet worden waren, sondern auch in Tokyo (1896), Brüssel (1899), Budapest (1901), London (1904), Baltimore (1905), Wien (1907) und Graz (1908) waren zuvor wissenschaftliche Verbände ins Leben gerufen worden, die sich dem noch offenen Feld soziologischer Gesellschaftsanalyse verschrieben hatten.

Die ersten Statuten der DGS orientierten sich eng an denen der Wiener Gesellschaft, beide wiederum entsprachen grob der Verfassung des IIS. So lag der primäre Zweck der Vereinigungen in der Vortragsorganisation, dem geselligen Austausch und der Verbreitung der soziologischen Methode. Wäre es nach Rudolf Goldscheid gegangen, hätte sich die DGS als deutsche Dependance in die Reihe der »verschiedenen soziologischen Gesellschaften einfügen« und in eine Phase »internationaler Arbeit bei der Erforschung der menschlichen Gesellschaft« eintreten sollen (Arbeiter-Zeitung, 10. März 1909). Die DGS sollte demnach als Tochtergesellschaft in das akademische Projekt des IIS integriert werden und unter René Worms als transnationale

2 Berliner Tageblatt, 8.3.1909; Grazer Tageblatt, 7.3.1909; Hamburgischer Correspondent, 8.3.1909; Neue Freie Presse, 8.3.1909; Norddeutsche Allgemeine Zeitung, 8.3.1909.

Sammelstätte soziologischer Kommunikation operieren. Doch der deutsche Ableger emanzipierte sich nicht zuletzt aufgrund vermeintlicher oder tatsächlicher Vereinnahmungstendenzen des IIS rasch von seinen Vorbildern und schlug schon im Oktober 1909 mit einer von Max Weber formulierten neuen Satzung einen anderen Weg ein (Dörk 2018a: 811; Rammstedt 2012: 835; Rol 2009: 377ff.; Gülich 1992: 105ff.).

Die DGS sollte sich Weber zufolge nun in erster Linie kollektiven Großforschungsvorhaben widmen, wie sie bis dato von den großen Editionen und Nachschlagewerken in den Geisteswissenschaften betrieben und mit der späteren Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1911 in den Naturwissenschaften realisiert wurden. Mit dieser Statutenänderung war die Unterteilung der DGS-Mitglieder in drei Klassen verbunden: Zum einen wurde die Kategorie der »Unterstützenden« eingeführt, die einen regulären Mitgliedsbeitrag entrichten mussten, bei Mitgliedsversammlungen aber weder teilnahme- noch entscheidungsberechtigt waren. Außerdem sah man als »ordentliche Mitglieder« Personen vor, die aufgrund ihrer fachlichen – im Wortlaut »fachmännischen« (Helene Simon erhielt als einzige Frau diesen Status) – Kompetenz als voll stimmberechtigt anerkannt wurden und über ihre Beitragshöhe frei entscheiden durften. Als dritte Kategorie waren »Stifter« vorgesehen, die dank ihres monetären Engagements immerhin an Mitgliederversammlungen teilnehmen, aber nicht mit abstimmen durften. Die Deklassierung zahlreicher bis dato regulärer Mitglieder sorgte für Missstimmung vieler Beteiligter. Für Stifter war die Konstruktion nicht attraktiv, doch stand dahinter die Absicht Webers, den monetären Einfluss auf die Erkenntnisproduktion strukturell auszuschließen. Ebenso entschieden sollten der Honorationencharakter der Gesellschaft vermieden und soziologische Kompetenz als alleinige Bedingung der Teilhabe an Forschungsentscheidungen gelten. Mit dieser Ausrichtung sah sich die DGS auf der Höhe ihrer Zeit und im Bereich der Sozialwissenschaften als Avantgarde. »Forschung statt Raisonement« war die Parole, die sich deutlich gegen das transnationale Soziologieprojekt Wormsscher und Goldscheidscher Prägung richtete (Dörk 2018a: 813ff.; Neef 2019: 57ff.).

Im Jahr 2019 hat die DGS über 3.200 Mitglieder, 35 Sektionen, zwei Arbeitsgemeinschaften und mehrere Arbeitskreise. Zum Zeitpunkt ihrer Gründungsversammlung umfasste sie 71 Personen (Vossische Zeitung, 8. März 1909) und kam bis zum Ersten Weltkrieg nicht über 266 Mitglieder hinaus. Als Zweck des Vereins gab die im Herbst 1909 verabschiedete, von Max

Weber erneuerte Satzung allein »die Förderung der soziologischen Erkenntnis« an, die mittels »wissenschaftlicher Untersuchungen und Erhebungen«, durch »Veröffentlichungen« und periodische »Soziologentage« erreicht werden sollte. Die »Vertretung« praktischer »Ziele« ethischer, politischer, religiöser oder ästhetischer Art wurde explizit abgelehnt und auf den Soziologentagen geäußerte Werturteile wurden mit Rederechtsentzug geahndet. Zielvorstellungen wie die Förderung des wissenschaftlichen Austauschs, der Nachwuchsrekrutierung, Internationalisierung, Verbreitung wissenschaftlichen Wissens und Koordination soziologischer Lehre, die sich damals schon langsam etablierte, wurden im Unterschied zur heutigen Satzung (vgl. DGS 2013), aber auch zur ersten Fassung der DGS nicht mehr genannt. Als Kernaktivität der neuen forscherschen Akzentsetzung sahen die Statuten stattdessen Ausschüsse vor, von denen drei zunächst eingerichtet wurden: 1. eine statistische Abteilung, 2. eine Presse-Enquete und 3. eine sozialbiologische Sektion. Der erste Ausschuss trennte sich unter dem Namen »Deutsche Statistische Gesellschaft« rasch von der DGS. Der zweite litt erst an mangelnder Geldakquise und endete dann in einem bis zur Duellforderung ausgetragenen Konflikt Max Webers mit einem Pressevertreter. Der dritte Ausschuss provozierte gleich bei seiner Gründungsversammlung im Januar 1914 einen Eklat, nachdem Ferdinand Tönnies mit dem Eugeniker Alfred Grotjahn, einem seiner Schüler, und dem DGS-Sekretär Hermann Beck in der Werturteilsfrage in Streit geraten war. Die Debatte hatte bereits die ersten beiden Soziologentage von 1910 und 1912 überschattet (Dörk 2018a: 816, 821).

Da die DGS es bisher auch nicht vermocht hatte, die in der Satzung vorgesehene Position des Vorsitzenden zu besetzen, war sie ein äußerst fragiles Provisorium geblieben, nun drohte ihr der Bruch. Ebenso litt sie an ihrer akademisch wenig arrivierten, heterogenen Mitgliedschaft, welche deutlich konträre Anschauungen vertrat und sich gleichzeitig keiner Werturteile enthalten konnte (Lepsius 2011: 12ff.; Dörk 2018a: 816, 821ff.). Die frühe DGS war kurzum ein ambitioniertes Projekt mit einer reflektierten Architektur, wurde aber nie im Sinne ihrer Verfassung vom Oktober 1909 realisiert. Nach zwei konfliktreichen »Soziologentagen«, drei erfolglosen Ausschussbildungen, zahlreichen Austritten (insbesondere denen von Georg Simmel 1913 und Max Weber 1914) und einem vergeblichen Engagement als »Auslandsinformationsdienst« im Ersten Weltkrieg war sie personell, ideell und finanziell erodiert. Ihre Aktivitäten kamen zwischen 1914 und 1918 weitgehend zum Erliegen. Im Mai 1920 wurde sie nach Abstimmung mit Rudolf Goldscheid durch Tönnies und Werner Sombart handstreichartig suspendiert

und nach einer längeren Findungsphase im Jahr 1922 neu gegründet (Dörk 2018b: 835ff.).

Der Weimarer Verfassung entsprechend erhielt die DGS nun mit Ferdinand Tönnies eine präsidiale Führung, während der geschäftsführende Ausschuss unter Leopold von Wiese als Sekretär den organisatorischen Teil der Verbandsarbeit leistete. Hinzu trat ein Rat, der gleichsam parlamentarisch die divergierenden soziologischen Richtungen repräsentierte und ambitionierte Lehrstuhlinhaber (allesamt Männer) integrierte. Die über ein Patensystem kooptierte und durch den Rat kontrollierte Mitgliedschaft wurde auf 120 bis 150 Personen begrenzt, zugleich aber für österreichische Soziologinnen und Soziologen geöffnet. Unter diesen Vorgaben formierte sich ein einflussreicher Kreis an Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Politik, der das Gegenteil des »Salon des refusés« darstellte, mit dem Max Weber die Vorkriegs-DGS assoziiert hatte (Weber 1994: 656), auch wenn er konfessionell, politisch und stratifikatorisch offen und heterogen blieb. Neben akademisch Unetablierten aber soziologisch Interessierten zog er Präsidenten, Minister, Diplomaten und prominente Wissenschaftler/innen an. Die DGS entwickelte sich so zu einer für die fragmentierte Weimarer Republik unüblichen Plattform, auf der engagierte Demokrat/innen, Republikaner/innen, Liberale und Marxist/innen mit Rechtsintellektuellen wie Carl Schmitt, Hans Freyer, Felix Krüger und anderen zusammenkamen und soziopolitische Gegenwartsfragen behandelten (Dörk 2018b: 829ff.).

Zur Zeit der Machtübernahme 1933 hatte die DGS 148 Mitglieder. Als sich abzeichnete, dass eine Gruppe junger, bisher außerhalb der DGS stehender Nationalsozialisten aus Jena Einfluss auf die Fachvereinigung nehmen wollte, unternahm von Wiese einen Versuch der Selbstgleichschaltung: Man ersetzte den bisherigen Präsidenten Ferdinand Tönnies am 3. August 1933 in einem satzungswidrigen Akt durch Werner Sombart, den geschäftsführenden Ausschuss bildeten Sombart, Freyer, von Wiese und der zunächst kurzfristig wieder kooptierte Ferdinand Tönnies. Gleichzeitig wurden jene Mitglieder, die im Zuge der nationalsozialistischen Entlassungen ihre beruflichen Stellungen verloren hatten, aus dem Rat ausgeschlossen, und dem NS nahestehende Personen in die DGS aufgenommen. Trotz dieser Anpassungsversuche wurden ein Putsch resp. eine Gegenründung allerdings immer wahrscheinlicher, da auch Rats- und Ausschussmitglieder entweder direkt beteiligt waren, oder zumindest aus (noch) größerer politischer Nähe zum NS eine DGS-interne Opposition gegenüber der alten Führung bilde-

ten, so etwa Andreas Walther und Carl Brinkmann. Auf einer weiteren Sitzung am 29. Dezember 1933 wurde Sombart durch Freyer ersetzt, welcher von den »Jenaer Rebellen« stärker respektiert wurde. Freyer, der zunächst noch ankündigte, die Struktur des Mitgliederbestands auf Tauglichkeit für die Aufnahme in die nationalsozialistische Akademie für Deutsches Recht zu überprüfen – ein Vorstoß zum Ausschluss von Juden aus der DGS –, stellte die DGS-Aktivitäten in dieser aus Machtkonkurrenz zwischen der nur zu gewissen Zugeständnissen bereiten Gruppe um von Wiese und Sombart auf der einen und den radikaleren Oppositionellen auf der anderen Seite entstandenen Pattsituation anschließend weitgehend ein (Klingemann 1996; Borggräfe, Schnitzler 2014; Schnitzler 2018).

Auf Initiative von Wieses kamen bereits kurz nach Kriegsende, am 5. und 6. April 1946, 44 Personen in Bad Godesberg zusammen, um die DGS wieder zu gründen. Es galt, an »die Tradition der Zeit vor 1933« anzuknüpfen, wie von Wiese im September 1946 auf dem 8. Deutschen Soziologentag in Frankfurt am Main erklärte (von Wiese 1948: 5). Dies führte dazu, dass die DGS als exklusive Gelehrten-gesellschaft restauriert wurde. Erneut gab es einen Vorstand mit präsidialer Spitze, bis 1955 ausgefüllt durch von Wiese, und eine Beschränkung der Mitglieder auf 150 Personen, die nach dem Patensystem vorzuschlagen waren. Dieses Anknüpfen an alte Organisationsstrukturen war nicht etwa wissenschaftsstrategisch, sondern personalpolitisch motiviert. Denn nicht nur weiterhin im Ausland ansässigen Exilant/innen wurde zunächst die Wiederaufnahme verwehrt. Leopold von Wiese verfolgte bis zu seiner Amtsaufgabe das Ziel, jene Altmitglieder aus-zuschließen, die er für die Situation von 1933/34 verantwortlich machte (Borggräfe, Schnitzler 2014: 458ff.). Ähnlich wie unter Tönnies zu Beginn der 1920er Jahre, als »Krethi und Plethi als ordentliche Mitglieder« (Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz o.J.) aus der DGS herausgehalten wurden, um nur die soziologisch interessierte Elite zusammenzuführen, fun-gierte auch die Präsidentschaft von Wieses als »ein Puffer« (Dörk, Borggräfe 2015: 32), der die Wiederaufnahme verbandsinterner Gegner verhinderte.

Als Leopold von Wiese im Jahr 1955 die Präsidentschaft an den Remi-granten Helmuth Plessner abtrat, begann personell und strukturell eine neue Ära. Eine neue Satzung hob die numerische Beschränkung der Mitglieder auf, zudem wurden nun zwecks Organisation soziologischer Forschung unter wechselnden Bezeichnungen (Untergruppe, Fachausschuss) Sektionen eingerichtet, die analog zum Mitgliederwachstum laufend neue Spezialge-biete in den Verband integrierten (Borggräfe 2018). Nach einer weiteren,

1971 erfolgten Satzungsänderung wurde das heute noch bestehende Konzil eingerichtet und somit erneut ein parlamentarisches Kontrollorgan im Verband etabliert. Zusätzlich wurde die DGS wie vor 1933 für »nur« promovierte Personen geöffnet, was ihr nicht nur ein starkes Mitgliederwachstum bescherte, sondern auch die innere Differenzierung forcierte. So wurde der bisherige operative Aufgabenkreis aus Mitglieder-, Tagungs- und Lehrorganisation sowie Konfliktabsoption und wissenschaftspolitischem Lobbying durch Aufgaben der Lehrfachkoordination, Kontrolle soziologischer Terrainbildungen und Sicherung interner Konnektivität infolge der Etablierung immer neuer Spezialgebiete und Methoden erweitert.

Auch die gegenwärtige DGS entspricht nicht der auf Großforschung ausgerichteten Organisation Weberscher Vorstellung. Die heutige DGS koordiniert und repräsentiert, forscht aber nicht selbst. Ihr Funktionsprofil steht noch eher der ersten Verfassung nahe, wie sie von Goldscheid und Simmel konzipiert war: als zentrale Instanz und Lobbyorganisation für soziologische Fachkommunikation im deutschen Sprachraum.

Literatur

- Albers, G. 2010: Der Werturteilsstreit. In G. Kneer, S. Moebius (Hg.), *Soziologische Kontroversen. Beiträge zu einer anderen Geschichte der Wissenschaft vom Sozialen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 14–45.
- Borggräfe, H. 2018: Die Ausdifferenzierung der westdeutschen Soziologie nach 1945 im Spiegel der Untergruppen, Fachausschüsse und Sektionen der DGS. In S. Moebius, A. Ploder (Hg.), *Handbuch Geschichte der deutschsprachigen Soziologie*. Wiesbaden: Springer VS, 867–886.
- Borggräfe, H., Schnitzler, S. 2014: Die Deutsche Gesellschaft für Soziologie und der Nationalsozialismus. Verbandsinterne Transformationen nach 1933 und nach 1945. In M. Christ, M. Suderland (Hg.), *Soziologie und Nationalsozialismus. Positionen, Debatten, Perspektiven*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 445–479.
- DGS 2013: Satzung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) vom 6. August 2013. www.sociologie.de, letzter Aufruf 29. April 2019.
- Dörk, U. 2018a: Die frühe Deutsche Gesellschaft für Soziologie. Zum sozialen, organisatorischen und epistemischen Profil einer Fachgesellschaft. In S. Moebius, A. Ploder (Hg.), *Handbuch Geschichte der deutschsprachigen Soziologie*. Wiesbaden: Springer VS, 809–828.
- Dörk, U. 2018b: Die Deutsche Gesellschaft für Soziologie in der Zwischenkriegszeit (1918–1933). In S. Moebius, A. Ploder (Hg.), *Handbuch Geschichte der deutschsprachigen Soziologie*. Wiesbaden: Springer VS, 829–848.

- Dörk, U., Borggräfe, H. 2015: Wissen und Organisation: Die Deutsche Gesellschaft für Soziologie und der Historikerverband. *Comparativ*, 25. Jg., Heft 1, 19–35.
- Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz o.J., VI HA Nl. Werner Sombart Nr. 9f., Tönnies an Sombart, 6. Juli 1919, unveröffentlichter Brief.
- Gülich, C. 1992: Le rôle de la coopération scientifique internationale dans la constitution de la sociologie en Europe (1890–1914). *Communications*, Nr. 54, 105–117.
- Klingemann, C. 1996: Soziologen vor dem Nationalsozialismus: Szenen aus der mißlungenen Selbstgleichschaltung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. In C. Klingemann, *Soziologie im Dritten Reich*. Baden-Baden: Nomos, 11–32.
- Lepsius, M.R. 2011: Max Weber und die Gründung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. *SOZIOLOGIE*, 40. Jg., Heft 1, 7–19.
- Lichtblau, K. 2018: Anfänge der Soziologie in Deutschland. In S. Moebius, A. Ploder (Hg.), *Handbuch Geschichte der deutschsprachigen Soziologie*. Wiesbaden: Springer VS, 11–35.
- Neef, K. 2012: Die Entstehung der Soziologie aus der Sozialreform. Eine Fachgeschichte. Frankfurt am Main: Campus.
- Neef, K. 2019: Die Internationalität und Transnationalität soziologischer Netzwerke nach 1900, mit besonderem Blick auf das Institut International de Sociologie. In U. Dörk, F. Link (Hg.), *Geschichte der Sozialwissenschaften im 19. und 20. Jahrhundert*. Berlin: Dunker & Humblot, 57–82.
- Rammstedt, O. 2013: Georg Simmel und die Anfänge der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. In H.-G. Soeffner (Hg.), *Transnationale Vergesellschaftungen. Verhandlungen des 35. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Frankfurt am Main 2010, Band 2*. Wiesbaden: Springer VS, 829–855.
- Rol, C. 2009: Die Soziologie faute des mieux. Zwanzig Jahre Streit mit René Worms um die Fachinstitutionalisierung (1893–1913). In C. Rol, C. Papilloud (Hg.), *Soziologie als Möglichkeit. 100 Jahre Georg Simmels Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung*. Wiesbaden: VS, 367–400.
- Schnitzler, S. 2018: Die Deutsche Gesellschaft für Soziologie zur Zeit des Nationalsozialismus. In S. Moebius, A. Ploder (Hg.), *Handbuch Geschichte der deutschsprachigen Soziologie*. Wiesbaden: Springer VS, 849–865.
- von Wiese, L. 1948: Eröffnung. In *Verhandlungen des 8. Deutschen Soziologentages vom 19. bis 21. September 1946 in Frankfurt am Main*. Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), 1–6.
- Weber, M. 1994: Briefe 1909–1910. In M.R. Lepsius, W.J. Mommsen (Hg.), *Max-Weber-Gesamtausgabe, Abteilung II/6*, Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).